



Rede von Bernd Spitzbarth am 1. Mai 2018 in Nordhausen

Es gilt das gesprochene Wort

„Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Liebe Bürgerinnen und Bürger , liebe Gäste der Stadt Nordhausen

Ich freue mich, euch heute hier zu unserer 1. Mai Feier in Nordhausen begrüßen zu können.

An einem Tag, der seit über 100 Jahren als Kampftag der Menschen für Gerechtigkeit, Vielfalt und Solidarität steht.

Wir leben diese Werte, weil sie die Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland, in Europa und der Welt sind.

Diese Werte machen uns stark, weil wir wollen,

- dass die Kinder auf dieser Welt in Frieden aufwachsen können
- dass allen der Zugang zur Bildung ermöglicht wird

- dass Arbeit gerecht und fair ist
- dass die Menschen in einem Sozialstaat keine Angst mehr um ihre Zukunft haben müssen
- dass die Menschen respektvoll miteinander umgehen und sich gegenseitig achten.

Diese Werte haben uns immer ausgezeichnet und für diese Werte werden wir heute, hier und immer wieder streiten!

Von der Wahl bis zur Regierungsbildung sind einige Monate ins Land gegangen.

WIR, die Gewerkschaften, haben unsere Forderungen nach einer Wende in der Sozial- und Arbeitsmarkt- und der Europapolitik vor der Wahl und während der Sondierungsgespräche eingebracht.

Einiges, was nun im Koalitionsvertrag steht, trägt unsere Handschrift.

So hat sich die Bundesregierung einiges vorgenommen, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern und so den sozialen Zusammenhalt zu sichern.

- Wir haben im Koalitionsvertrag dafür gesorgt, dass erste Schritte zur Stabilisierung des Rentenniveaus erfolgen sollen!

- Wir haben die Rückkehr in die paritätische Krankenversicherung erreicht!

- Wir haben durchgesetzt, dass die Große Koalition Pflegeberufe attraktiver gestalten will und die Tarifbindung in der Pflege stärkt!

- Wir haben uns erfolgreich dafür stark gemacht, dass die Bundesregierung deutlich mehr Geld für öffentliche Investitionen in die Hand nimmt – für bezahlbaren Wohnraum, für ein gutes Bildungssystem, für eine flächendeckende Versorgung mit digitaler Infrastruktur und nachhaltigen Mobilitätsangeboten!
- Wir haben es geschafft, dass das Kooperationsverbot im Grundgesetz fällt und Bund und Länder bei der Finanzierung unseres Bildungswesens endlich wieder gemeinsam Verantwortung übernehmen können.
- Und in der Europapolitik haben wir einen Kurswechsel eingeleitet – weg von einem Europa der Spardiktate und der besinnungslosen Deregulierung – hin zu einem sozialen Europa und einem Europa der Investitionen.

Aber all das reicht nicht.

Diese Koalition muss den großen Aufbruch wagen – hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, mehr solidarischer Politik und mehr Förderung der Vielfalt. Wir können uns kein „Weiter so“ leisten. Es darf nicht bei einer Politik der Ankündigungen bleiben. **Jetzt ist die Zeit der Umsetzung gekommen!**

Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit – das sind unsere gewerkschaftlichen Antworten auf die großen Herausforderungen, vor denen wir stehen: der Digitalisierung der Arbeitswelt, der demographischen Entwicklung und dem gespaltenen Arbeitsmarkt.

Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit – das sind die Werte, die sozialen Fortschritt ermöglichen. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag versprochen, die

bestehende Spaltung unserer Gesellschaft zu überwinden. Dieses Versprechen kann sie nur dann einlösen, wenn sie tatsächlich für sozialen Fortschritt sorgt.

Und am besten sollte sie damit beginnen, dass der Mindestlohn für Arbeit endlich auf ein Niveau angehoben wird, auf dem man von seiner Arbeit heute leben und morgen mit einer Rente ohne Angst vor Altersarmut seinen Ruhestand bestreiten kann.

Das durchschnittliche Bruttoeinkommen in Deutschland lag 2017 gerade einmal bei 2.861 Euro. Nach Hause haben die Menschen durchschnittlich gerade einmal 1.892 Euro gebracht. Das ist schon wahrlich nicht viel, wenn man am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und seinen Kindern eine gute Zukunft bereiten will.

Es ist deshalb ein Skandal, wenn heute noch über 3,7 Mio. Menschen (17,7%) in Deutschland, trotz Vollzeit, also sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, für weniger als 2000,-- Euro Brutto arbeiten müssen.

Und nicht wenige von ihnen arbeiten dann noch in Schichten und überlangen Arbeitszeiten.

Mit einem Blick in die Zahlen wird das bisherige Versagen der Bundesregierungen deutlich:

14,7% sind es in den westlichen Bundesländern und 31,2% in den östlichen. Hier wird deutlich, dass es zwei Skandale zu einem Thema sind:

1. Es ist skandalös, dass man sich in Vollzeit mit unter 2000,-- Euro Brutto abfinden muss und Netto mit gerade einmal 1.300/1.400 Euro nach Hause geht. Davon kann man am gesellschaftlichen, kulturellen Leben nicht ausreichend teilnehmen, geschweige denn eine Familie unterhalten und Kinder mit all dem Notwendigen ausstatten. Viele zahlen von ihren Einkommen schon die Hälfte an Miete.
2. Ist es skandalös, dass der überwiegende Teil der Menschen in den östlichen Bundesländern davon betroffen ist. Daran wird deutlich, wie die ehemaligen Bundesregierungen ihren Auftrag zur Schaffung gleicher Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland, so wie es das Grundgesetz verlangt, bisher wahrgenommen und ihm nachgekommen sind.

Deshalb brauchen wir einen Mindestlohn der deutlich über 8,84 Euro liegt. Eine Anhebung auf mindestens 12 Euro ist überfällig. Genauso überfällig wie die Aufhebung der Hartz IV Gesetze und der verfehlten Rentenreform. Beides hat nur zu einer massiven Umverteilung von unten nach oben und einer vorprogrammierten Altersarmut geführt.

Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass es in unserer Gesellschaft ungerecht zugeht. Obwohl die Wirtschaft boomt und die Staatsfinanzen so solide wie lange nicht mehr sind, klappt die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Unsicherheiten und ein hoher Druck auf dem Arbeitsmarkt sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit langem spürbar. Viele Menschen machen sich Sorgen um ihre Zukunft, ihre Alterssicherung und die Chancen ihrer Kinder. Rechtspopulisten greifen diese Stimmung mit

ihren rassistischen Parolen und nationalistischen Ressentiments auf und treiben einen Keil in die Bevölkerung.

Da wo Menschen gegen Menschen gehetzt werden, kann es keinen sozialen Frieden geben. Deshalb gilt es, die Ursachen und nicht die Menschen zu bekämpfen.

Der Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, Werksvertragsarbeit, fehlende Mitbestimmung in den Betrieben, mangelnde Tarifbindung und eine staatlich geförderte Vermögenskonzentration sind die eigentlichen Ursachen. Alle durch politische Entscheidungen ehemaliger Bundesregierungen herbeigeführt.

Da hilft es auch nicht, wenn man der Bevölkerung täglich weiß machen will, dass es Deutschland so gut geht wie lange nicht. Wir dürfen uns schon die Frage stellen, wem es so gut geht wie lange nicht mehr.

Nach Aussage der Ökonomen der Arbeitsgruppe Alternativer Wirtschaftspolitik (ich zitiere hier die Frankfurter Rundschau vom 24. April 2018) sind im Zeitraum von 1991 bis 2017 die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten lediglich um 0,1 Prozent gestiegen. Das muss man sich auf der Zunge einmal zergehen lassen. 0,1 Prozent Reallohn Erhöhung in einem viertel Jahrhundert. Lag die Lohnquote 1993 noch bei 72,4 Prozent, ist sie heute auf unter 70 Prozent, genauer auf 68,5 Prozent in 2017 gesunken. Nach deren Angaben haben die abhängig Beschäftigten dadurch sagenhafte 1800 Milliarden Euro eingebüßt. Zugute kam dies Kapitalanlegern, deren Gewinne zwischen 2005 und 2016 um 18,6 Prozent gestiegen sind.

Den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung gehören über 60 Prozent der Nettovermögen. Nach einer neusten Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung besitzen die 45 reichsten privaten Haushalte so viel wie die ärmste Hälfte der gesamten Bevölkerung.

Die Infrastruktur im Land ist dabei auf den Hund gekommen.

Intakte Straßen, der Bau von Umgehungsstraßen, ausreichende Kitas, Kindergärten, ein funktionierender Bahnverkehr, bezahlbare öffentlich finanzierte Wohnungen sind Fehlanzeige. Nach wie vor stehen öffentliche Ausgaben unter dem Vorbehalt der schwarzen Null. Damit werden die Kürzungen im sozialen Wohnungsbau, im Gesundheitswesen, im gesamten sozialen Bereich begründet. Die Kosten der schwarzen Null fallen genau bei denen an, die sich einen schwachen Staat nicht leisten können.

Deshalb fordern wir:

- ein gerechtes Steuersystem und einen öffentlichen Dienst, der über ausreichend Personal und eine gute Ausstattung verfügt, um seine Aufgaben bürgernah erfüllen zu können.
- gute Bildung für alle Kinder, denn alle haben ein Recht darauf.
- weg mit prekärer Beschäftigung, hin zu anständiger, würdevoller und gerechter Arbeit für alle.
- mehr Mitbestimmung und Tarifbindung in den Betrieben.

Wir werden unseren Kampf gegen die investitionsfeindliche Politik der schwarzen Null entschieden fortsetzen.

Dieser verfehlten Politik der vergangenen Jahre muss konsequent gegengesteuert werden. So wie wir Gewerkschaften es konsequent tun. Es ist und bleibt eine Tatsache, dass da, wo wir Tarifverträge mit den Menschen in den Betrieben erstreiten, die Menschen wesentlich besser an den Ergebnissen ihrer Arbeit beteiligt werden.

So konnte die IG Metall in den letzten Jahren in nicht wenigen Betrieben vom Eichsfeld bis in den Kyffhäuserkreis und anderswo in Thüringen Haustarifverträge abschließen und damit die Einkommen der Beschäftigten wesentlich erhöhen, so dass sich dies auch spürbar in Kaufkraft in der Region niedergeschlagen hat. Und mit den Tarifergebnissen der letzten Jahre in der Fläche konnten wir gerechte Einkommenssteigerungen umsetzen, den Menschen den Zugang in die Altersteilzeit ermöglichen und zuletzt den Einstieg in Arbeitszeiten, die zum Leben passen, durchsetzen.

Ohne die Gewerkschaften und ihre Mitglieder sähe das Bild also noch verheerender aus. Dann hätte es der Staat mit seiner Austeritätspolitik geschafft, die Reallöhne ins Negative abdriften zu lassen.

Deshalb werden wir gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in der Politik und in der Gesellschaft zusammenarbeiten, die für unsere Werte, eine solidarische, vielfältige und gerechte Gesellschaft eintreten.

Die dafür eintreten, dass in unserer Gesellschaft kein Platz für Ausgrenzung, Intoleranz und Menschenfeindlichkeit sowie Rassismus mehr ist!

Deshalb fordern WIR einen industriepolitischen Dialog, eine Industriepolitik wo die Menschen ein Recht auf gute Arbeit haben und faire Einkommen, mit

denen eine Teilhabe am geistigen, gesellschaftlichen kulturellen Leben möglich ist und Altersarmut verhindert wird.

Deshalb verurteilen WIR ein weiteres Aufrüsten, was zwangsläufig auch mit Krieg verbunden ist.

Doch das Verteidigungsministerium sieht es anders?

Ursula von der Leyen (CDU) fordert 12 Mrd. Euro für die Rüstung. Und das ist erst der Anfang. Der amerikanische Präsident Trump fordert, dass Deutschland zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Rüstung auszugeben hat. Das Nein-Sagen gegenüber Herrn Trump haben Frau Merkel und Frau von der Leyen nicht über ihre Lippen gebracht.

2017 wurden 37 Milliarden für Rüstung und Militär ausgegeben. 2018 sollen es schon 38,5 Milliarden sein.

Ausgaben für Bildung und Forschung stehen mit 17,5 Milliarden und für Gesundheit lediglich 15,2 Milliarden dem gegenüber. Das ist deutlich weniger als für die Rüstung. Hinzu kommt, dass für Renten und Infrastruktur kein Geld da ist.

Wenn die Bundesregierung der Forderung von Trump nachkommen wird, dann werden wir 2024 für Rüstung und Militär 75 Milliarden Euro ausgeben.

Verantwortungslos, was von der Leyen fordert. Wenn Trump in den USA hustet bekommt die Bundesregierung Schüttelfrost. Mir ist allerdings kein Land bekannt, was in irgendeiner Form daran denkt, uns anzugreifen.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Wir brauchen eine Friedensbewegung und keine Debatte über Aufrüstung unter dem Deckmantel der Wiederherstellung der Wehrfähigkeit.

Als Martin Schulz angetreten ist, um die SPD regierungsfähig machen zu wollen, hat er gesagt, dass es mit ihm keine Erhöhung der Ausgaben für Rüstung geben wird, wenn dies zu Lasten des Sozialstaates geht. Das ist zwar noch lange kein Nein zur Rüstung gewesen, es war allerdings eine Klarstellung, dass es nicht nach dem amerikanischen Präsidenten Trump geht, sondern um die Wiederherstellung des Sozialstaates. Hieran werden wir den Finanzminister Olaf Scholz messen.

Deshalb fordern wir, dass die Bundesregierung für jeden Euro, den sie mehr in die Rüstung steckt, zwei Euro in den Sozialstaat investiert.

Digitalisierung, erneuerbare Energien und E-Mobilität, Bildung, Arbeit, Rente, Gesundheit und Pflege sind die eigentlichen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Mit unseren Forderungen haben wir zumindest erreicht, dass diese Themen nicht mehr losgelöst vom Faktor Arbeit und Mensch diskutiert werden. Doch auch hier gilt, dass das Geschriebene erst einmal umgesetzt werden muss.

Der Kampf um gute Arbeits- und Lebensbedingungen ist damit noch nicht am Ende, er hat gerade erst begonnen.

Die Rente muss wieder auf das Ausgangsniveau von vor der Rentenreform angehoben werden, das Renteneintrittsalter muss wieder zurückgenommen werden. Die Rente mit 67 ist und bleibt ein Irrweg!

Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung ist ein großer Erfolg. Aber auch das reicht noch nicht aus. Wir brauchen ein Gesundheitssystem was allen Menschen uneingeschränkt und unabhängig vom Geldbeutel zur Verfügung steht. Gesundheit ist ein Menschenrecht und deshalb muss Schluss mit der Zweiklassenmedizin in unserem Land sein.

Die Frage der Pflege wird uns in den kommenden Jahren massiv beschäftigen. Deshalb müssen heute die Weichen für eine menschenwürdige Pflege gestellt werden. Dafür benötigen wir mehr Fachkräfte und vor allem gute tariflich entlohnte Arbeitsplätze.

Das erreichen wir aber nur, wenn wir den Fachkräftemangel durch den Zugang zur Arbeit für alle ermöglichen, wenn wir in der Gleichstellungspolitik vorankommen und endlich dafür Sorge tragen, dass es für gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn gibt. Noch immer bekommen Frauen über 20 Prozent weniger Geld für vergleichbare Arbeiten ihrer männlichen Kollegen. Noch immer stecken Frauen in der Teilzeitfalle und zahlen den Preis für Kindererziehung und Pflege.

Dafür brauchen wir aber auch starke Betriebs- und Personalräte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir befinden uns z. Z. mitten in den Betriebsratswahlen. In vielen Betrieben wurden von den Beschäftigten schon Betriebsräte mit gewerkschaftlichen Strukturen gewählt. Es ist auch unbestritten, dass es den Beschäftigten in solchen Betrieben besser geht.

Mitbestimmung ist ein Erfolgsmodell. Und das müssen wir ausbauen.

Doch auch hier gibt es sogenannte Arbeitgeber, die ihr Geschäft nur durch den „Herr-im-Haus-Standpunkt“ zu betreiben verstehen, Betriebsratswahlen behindern und Keile in die Belegschaften treiben. Einzelne Beschäftigte werden mit Kündigungen und Abmahnungen überzogen. Den Kolleginnen und Kollegen gilt unsere uneingeschränkte Solidarität.

Allen Betriebsräten unter Euch, die schon gewählt sind, meinen herzlichsten Glückwunsch! Allen Kandidatinnen und Kandidaten, die noch bis Ende Mai gewählt werden wollen, wünsche ich viel Erfolg bei der Wahl.

Euch allen und auch allen, die in den Betrieben gewählt haben: Vielen Dank für Euer Engagement!

Betriebsräte stehen für Vielfalt, für Solidarität und für Demokratie im Betrieb. Betriebsräte kämpfen für Gute Arbeit. So lautet das Motto der diesjährigen DGB-Kampagne zur Betriebsratswahl. Unterstützt euren Betriebsrat – damit er sich, mit uns, für Euch einsetzen kann!

Deshalb brauchen wir eine

Offensive für mehr Mitbestimmung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

jeder redet heute über Digitalisierung. Allen ist klar: Die Arbeitswelt von heute wird für viele nicht die Arbeitswelt von morgen sein. Aber wie schaffen wir den gerechten Wandel?

Nur mit starken Gewerkschaften, Betriebsräten und mehr Mitbestimmungsrechten.

Wir brauchen mehr Mitbestimmung beim Beschäftigtendatenschutz. Und natürlich brauchen wir mehr Mitbestimmung bei der Aus- und Weiterbildung. Das sind die Themen, die mit der Digitalisierung wichtiger werden. Es geht um unsere Arbeitswelt. Lasst uns zusammen für Gute Arbeit kämpfen!

Betriebsräte müssen bei Personalplanung beteiligt werden, bei Outsourcing, bei Leiharbeit und bei Werkverträgen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Unternehmen ihre Beschäftigten weiterhin mit der Drohung erpressen können, Arbeiten auszulagern, wenn sie nicht schneller und billiger erledigt werden.

Wir brauchen mehr Sicherheit für unsere Kolleginnen und Kollegen, die einen Betriebsrat gründen wollen. Auch wenn der Arbeitgeber das nicht so toll findet. Der besondere Kündigungsschutz muss deutlich ausgeweitet werden. Denn die Behinderung von Betriebsratswahlen ist zum Volkssport für einige Arbeitgeber (auch hier im Norden Thüringens) geworden. Tag für Tag werden ungestraft Gesetze gebrochen. Das muss aufhören! Das Wahlrecht ist ein demokratisches Grundrecht, das geschützt werden muss. Hier ist die Politik gefordert. Anwaltskanzleien verdienen sich eine goldene Nase, indem sie versprechen, Betriebe betriebsratsfrei zu halten. Diesen Kanzleien muss die Grundlage entzogen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden den Wandel der Arbeitswelt nutzen, um ihn im Sinne einer solidarischen, gerechten und weltoffenen Gesellschaft zu gestalten.

Deshalb wollen wir,

- dass niemand sich fragen muss, ob der Arbeitsplatz sicher ist, ob das Geld später für die Rente reichen wird,
- dass mehr Beschäftigte den Schutz von Tarifverträgen genießen,
- ein gerechtes Steuersystem, mit dem eine solide Infrastruktur und bezahlbare Wohnungen finanziert werden, und wir wollen einen öffentlichen Dienst, der seine Aufgaben gut erfüllen kann,
- gute Bildung und gute Bildungsorte für alle Kinder und Jugendlichen.
- Gute und sichere Arbeit, das Friedens- und Solidarprojekt Europa neu beleben und eine gerechte Gesellschaft, in der sich die Menschen keine Sorgen um ihre Zukunft und die ihrer Kinder machen müssen.

Diese großen Zukunftsaufgaben sind nur als mitgliederstarke Gewerkschaften zu bewältigen, die auf europäischer und internationaler Ebene eng mit ihren Schwestergewerkschaften und mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten. Nur so werden wir den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und Europa stärken.

Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit lautet unser diesjähriges Motto.

Dafür gehen wir am 1. Mai auf die Straße – mit Dir!

Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität. Lasst uns als vielfältige Gemeinschaft solidarisch eine gerechte Zukunft gestalten!

Auf uns kommt es an, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Glück auf und noch einen schönen 1. Mai